



Den Verlust eines Angehörigen kann man nicht mit Geld aufwiegen, unbürokratische Soforthilfe ist aber trotzdem wichtig.

IMICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

Die Entschädigung der Opfer muss rasch erfolgen

Für die Brandkatastrophe von Crans-Montana lässt sich aus Flugzeugabstürzen lernen: In der Luftfahrt ist bekannt, wie man bei solchen Tragödien und Verlusten reagieren muss.

Gastkommentar von Regula Dettling-Ott

Es ist eine schwierige Frage, wann die Verantwortlichen nach einer Katastrophe mit den Betroffenen über Geld reden sollen. Den Verlust eines Angehörigen kann man nicht mit Geld aufwiegen, ebenso wenig schwerste Verletzungen. Gleichzeitig sind die Betroffenen nach einem schweren Unfall in einem Ausnahmezustand. Die materiellen Sorgen sollte man so weit als möglich reduzieren.

Ein erster Schritt nach einem Unfall ist eine finanzielle Soforthilfe. In der Luftfahrt verpflichtet das europäische und das schweizerische Recht die Fluggesellschaft, sofort und spätestens innert 15 Tagen nachdem die anspruchsberechtigte Person feststeht, eine erste Anzahlung zu machen. Sie soll die unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnisse im Verhältnis zur Schwere des Falles befriedigen. Im Todesfall beträgt die Entschädigung umgerechnet mindestens 16 000 Franken. Bei Schwerverletzten muss diese Summe höher sein. Würde diese Regelung auch im Fall von Crans-Montana gelten, müssten heute Betroffene mindestens 16 000 pro Person erhalten haben und Schwerverletzte einen deutlich höheren Betrag, gerade wenn sie in Spitälern weit weg vom Wohnort der Angehörigen liegen.

Die Erfahrung zeigt, dass die Verantwortlichen diese Soforthilfe unbürokratisch innert wenigen Tagen leisten können. Wichtig ist, dass die Betroffenen nicht darum bitten müssen, sondern man ihnen diese anbietet und es für sie eine zentrale Anlaufstelle einrichtet, welche die Summen auszahlt. Nach dem Absturz von SR 111 gab es innert Stunden ein «legal help desk», das die Ansprüche unbürokratisch prüfte und die Zahlungen veranlasste. Die Angehörigen mussten lediglich mit Kopien ihre Identität und die Beziehung zum Opfer nachweisen. Liest man die Information des Walliser Staatsrates zur Soforthilfe im Zusammenhang mit dem Unglück von Crans-Montana, fällt nicht nur der geringe Betrag auf, sondern auch die Tatsache, dass er diese erst zwei Wochen nach dem Unglück ankündigte und die Medienmitteilung keine Frist zur Zahlung enthält. Zudem werden die Opfer auch an die Opferberatungsstelle des Bundes verwiesen.

In der Luftfahrt besteht die Pflicht zur Leistung einer finanziellen Soforthilfe unabhängig von der Frage, wer für den Unfall haftet – ein weiterer wichtiger Grundsatz zur fairen finanziellen Entschädigung von Opfern. Die Klärung der Ursachen von Katastrophen dauert oft Jahre, auch in der Luftfahrt. Erst nach Abschluss der Untersuchungen lässt sich die rechtliche Verantwortung endgültig klären. Es ist deshalb wichtig, dass die Betroffenen nicht auf diese Klärung warten müssen, sondern sich die potenziell Haftpflichtigen darauf einigen, die Betroffenen rasch zu entschädigen, und sie die Aufteilung des Schadens intern regeln. Im Fall von Swissair 111 einigten sich die Versicherer der potenziell Haftpflichtigen (Fluggesellschaft, Hersteller des Flugzeuges, Hersteller des Bordunterhaltungssystems) innert wenigen Wochen auf einen Verteilsschlüssel. Das ermöglichte es, nach rund drei Monaten allen Betroffenen eine weitere Anzahlung zu offerieren, damit sie insgesamt 200 000 Franken erhielten (pro Passagier) – unabhängig vom tatsächlich erlittenen Schaden.

Diese Summe war auf spätere Ansprüche anrechenbar; die Berechtigten mussten nur den Er-

Die Betroffenen sind nach einem schweren Unfall in einem Ausnahmezustand. Die materiellen Sorgen sollte man so weit als möglich reduzieren.

halt des Betrages quittieren und dessen Anrechenbarkeit. Die Überlegung hinter diesem Vorgehen war, dass die Angehörigen mindestens im ersten Jahr nach der Katastrophe nicht mit finanziellen Problemen konfrontiert sein sollten. Die Summe entsprach zudem dem Betrag, für den eine Fluggesellschaft bei Tod oder Körperverletzung gegenüber einem Passagier oder dessen Angehörigen unabhängig vom Verschulden haftet.

Im Zusammenhang mit dem Unglück von Crans-Montana haben die Verantwortlichen und ihre Versicherung einen runden Tisch angekündigt, und der Kanton Wallis will eine Stiftung gründen, um die Opfer finanziell zu entschädigen. Ein solches Vorgehen mag richtig sein, damit sich die potenziell Haftpflichtigen untereinander einigen und die finanziellen Ansprüche langfristig geregelt werden können. Gegenüber den Angehörigen ist dies im jetzigen Stadium ein zu komplizierter Weg. Sie brauchen eine einzige Anlaufstelle, die rasch entscheidet. Bei den Schwerverletzten werden allein die Kosten der medizinischen Versorgung sehr hoch sein, ebenso weitergehende Ansprüche. Umso wichtiger ist es, die Anzahlungen gegenüber den Betroffenen von späteren Haftungsfragen und Regressverfahren unter den Versicherern zu trennen und so den Angehörigen zu ermöglichen, sich um die Verletzten zu kümmern.

Die Erfahrungen aus der Luftfahrt zeigen schliesslich auch, dass eine rasche und grosszügige Entschädigung der Betroffenen wesentlich dazu beiträgt, Haftpflichtansprüche nach einer Katastrophe ohne rechtliche Verfahren zu regeln, selbst wenn Anwälte von Geschädigten unmittelbar nach dem Unglück mit Milliardenklagen drohen.

Regula Dettling-Ott ist auf Luftrecht spezialisierte Rechtsanwältin und Senior Fellow am Swiss Hub for Air and Space Law and Economics der Universität Bern. Nach dem Absturz der SR 111 und den beiden Unfällen von Crossair vertrat sie zusammen mit einem Team von Anwälten die Fluggesellschaften und deren Versicherer für die Regelung der finanziellen Ansprüche der Opfer.

Kaum etwas befördert intellektuelle Trägheit so sehr wie der Jargon der Unvermeidlichkeit. Er begegnet uns überall: in ökonomischen Analysen, unternehmerischen Prognosen, politischen Reden, technologischen Visionen und Alltagsgesprächen. Berüchtigt wurde er durch den neoliberalistischen Urschrei im Gefolge des Systemsieges über den Realsozialismus 1989 «Es gibt keine Alternative» – eine Formel, die suggeriert, Notwendigkeit lenke unser Schicksal.

Heute ist dieser Ton in der KI-Branche allgegenwärtig. Ihre Propheten verwenden den Jargon, um den Weg zu ihren bevorzugten Zielen zu ebnen. Nachhaltigkeitsbedenken und politische Regulierung erscheinen ihnen als Hindernisse im unaufhaltsamen Lauf der Dinge. Manche – etwa der Investor Marc Andreessen – nehmen den Abbau demokratischer Strukturen in Kauf, indem sie postulieren, Politik müsse sich der technologischen Dynamik unterordnen. Diese allein, so glauben sie, verleihe den Ingenieuren und Investoren des Silicon Valley ihr weltgeschichtliches Mandat.

Der Jargon der Unvermeidlichkeit beruht auf einem grundlegenden Denkfehler: der Verwechslung von Modell und Wirklichkeit – oder, wie man sagt: Die Landkarte ist nicht die Landschaft. Dieser Fehler gehört sozusagen zur kognitiven Ausstattung des Menschen. Wenn wir denken, folgen wir bestimmten Regeln, womöglich «zwingenden». Sie suggerieren: Wenn du A und B annimmst, folgt daraus zwangsläufig C. Diese Notwendigkeit ist aber ein Merkmal des Modells, nicht der Wirklichkeit. Sie ist ein Resultat der Simplifizierung. Auf der Landkarte können wir zeigen, dass eine gerade Linie Punkt A und B verbindet. In der Landschaft ist das vielleicht ein Holzweg.

Die Wissenschaft kennt Notwendigkeiten in der Form von Gesetzen. Physikalische Gesetze gelten in physikalischen Modellen, ökonomische Gesetze in ökonomischen. Ihr Zweck ist, Aussagen über die Wirklichkeit zu treffen, und in dem Masse, in dem das

Wider den Jargon der Unvermeidlichkeit

«Es gibt mehr als nur eine Zukunft» – das ist der Kampf der Imagination. Gastkommentar von Eduard Kaeser

gelingt, können wir berechtigt sagen, die Gesetze würden in der Natur oder in der Wirtschaft gelten. Aber gerade erfolgreiche Modelle verführen uns leicht dazu, ihr Erklärungskonto zu überziehen, das heisst, mehr zu behaupten, als es ihre Annahmen erlauben.

Ökonomische Modelle zum Beispiel glänzen oft mit elegantem mathematischem Formelwerk, aus dem sich etwa Marktprognosen deduzieren lassen. Und dann spielt die wirtschaftliche Realität nicht mit. Wie zum Beispiel im Crash 2008. Einflussreiche Ökonomen wie Paul Krugman diagnostizierten nicht nur eine Krise der Finanzmärkte, sondern eine Krise der ökonomischen Modelle.

Soziologisch gesehen liesse sich sagen: Fachleute, Banken, Regierungen, Rating-Agenturen bil-

deten so etwas wie eine narrative Gemeinschaft, die den Jargon der Unvermeidlichkeit pflegte und – Krugman drückte es unverblümt aus – auf Abwege geriet, weil sie «Schönheit, gekleidet in beeindruckend aussehende Mathematik, mit Wahrheit verwechselte».

Der Jargon der Unvermeidlichkeit eignet sich gut, die politische Debatte durch angebliche Sachzwänge abzuwürgen – durch den Jargon der Unumstösslichkeit. Hannah Arendt schrieb, dass «jede Tatsachenwahrheit jede Debatte ausschliesst». Das klingt apodiktisch, aber sie meinte damit, dass «die Diskussion, der Austausch und Streit der Meinungen (...), das eigentliche Wesen allen politischen Lebens [ausmacht]». Die Aussage «Fakt ist, dass ...»

erweist sich oft als eine argumentative Keule: «Halt den Mund, du hast bloss eine Meinung.» Man führt sich als Anwalt der Sache auf, dabei ist die «Sache» nichts anderes als die unbedachte Verfestigung der eigenen Meinung.

Eigentlich konserviert der Jargon der Unvermeidlichkeit die Urpotenz des Mythos, also die Kraft einer Erzählung, die uns überzeugen will, dass «es so kommen muss». Ludwig Wittgenstein sprach von der «Verhexung unseres Verstandes durch die Mittel der Sprache». Genau das leistet dieser Jargon. Er ist die Grammatik der Entmündigung; der zwanglose Zwang einer Denkweise, die uns weismachen will, politische Ereignisse und Entwicklungen geschähen ohne menschliches Dazutun.

Nur schon das Wort «künstliche Intelligenz» demonstriert beispielhaft, wie wir einen menschlichen Begriff auf Maschinen übertragen und dann deren Algorithmen als eine autonome Macht interpretieren, die uns unvermeidlich übertreffen und dominieren wird. Dabei sind es Menschen mit ihren Machtinteressen, die diese Entwicklung vorantreiben.

Jargonkritik bedeutet, die Verhexung zu entlarven – und damit den Blick nicht nur auf die «Verhexer» zu lenken, sondern zugleich auf andere Zukunftsmöglichkeiten, die durch das Gewicht vermeintlicher Notwendigkeit verdrängt worden sind. Sie ermutigt uns, jene Intelligenzform zu kultivieren, die den Menschen auszeichnet. Möglichkeitsinn, nannte sie Robert Musil: denken, dass das, was ist, auch anders sein könnte.

Es gibt mehr als nur eine Zukunft – das ist der Kampf der Imagination. Der Jargon der Unvermeidlichkeit treibt sie uns aus. Die apokalyptischste aller Visionen wäre deshalb jene, in der wir Menschen die Imagination verloren haben – und sie nicht einmal mehr vermissen.

Eduard Kaeser ist Physiker und promovierter Philosoph. Er ist als Lehrer, freier Publizist und Jazzmusiker tätig.